

# **amtliche Bekanntmachung 1**



## **Beschluss**

### **Terminsbestimmung**

Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft

sollen am **Donnerstag, 25. Juli 2024, 10:00 Uhr**, im Amtsgericht Gutfleischstraße 1, Zimmer 205 Geb. A, versteigert werden:

Die im Grundbuch von Harbach Blatt 913 eingetragenen Grundstücke

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m <sup>2</sup>
2	Harbach	2	51	Landwirtschaftliche Fläche, Bei der Heide	13909
3	Harbach	2	57	Landwirtschaftliche Fläche, Auf der Ottokammer	11659
4	Harbach	4	103	Landwirtschaftliche Fläche, Spielwiesen	13977
5	Harbach	4	105/1	Landwirtschaftliche Fläche, Spielwiesen	4097
10	Harbach	4	105/2	Landwirtschaftliche Fläche, Spielwiesen	8679

Der Versteigerungsvermerk wurde am 12.06.2023 in das Grundbuch eingetragen.

#### **Verkehrswert:**

11.900,00 € bezüglich Grundstück laufende Nummer 2.

9.900,00 € bezüglich Grundstück laufende Nummer 3.

9.100,00 € bezüglich Grundstück laufende Nummer 4.

3.500,00 € bezüglich Grundstück laufende Nummer 5.

7.400,00 € bezüglich Grundstück laufende Nummer 10.

**Gesamtverkehrswert: 41.800,00 €**

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter [www.zvg-portal.de](http://www.zvg-portal.de)

Kontoverbindung für die Überweisung der Sicherheitsleistung:  
Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,  
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,  
unter Angabe des Kassenzzeichens: **067546604063**.

Bogenhardt  
(Rechtspflegerin)